

 Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gv.at

Parlamentsdirektion
Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

BMASGPK-Gesundheit - VI/B/8 (Rechtliche
Angelegenheiten der Digitalisierung und
Innovation im Gesundheitswesen, Datenschutz
und Telemedizin)

Mag. Nina Meyer
Sachbearbeiterin

nina.meyer@gesundheitsministerium.gv.at
+43 1 711 00-644859

Postanschrift: Stubenring 1, 1010 Wien
Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an post@sozialministerium.gv.at
zu richten.

Geschäftszahl: 2025-0.785.735

Novelle des Eltern-Kind-Pass-Gesetzes (Verschiebung des Inkrafttretens) - Allgemeines Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Eltern-Kind-Pass-Gesetz, das Kinderbetreuungsgeldgesetz und das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert werden, samt Vorblatt und Wirkungsfolgenabschätzung, Erläuterungen und Textgegenüberstellung.

Es wird ersucht, zu diesem Regelungsvorhaben bis längstens

10. November 2025

Stellung zu nehmen.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, wird angenommen, dass der genannte Entwurf keinen Anlass zu Bemerkungen gibt.

Es wird ersucht, eine allfällige Stellungnahme per E-Mail mit dem Betreff „Novelle des Eltern-Kind-Pass-Gesetzes“ an

begutachtungVIB8@gesundheitsministerium.gv.at

zu übermitteln.

Gleichzeitig wird ersucht, eine Ausfertigung der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates über die Internetseite

<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>

zur Verfügung zu stellen und das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hiervon in Kenntnis zu setzen.

Es wird darauf hingewiesen, dass dieses Begutachtungsverfahren auch als Befassung gemäß Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Wien, 13. Oktober 2025

Für die Bundesministerin:

DDr. Meinhild Hausreither

Beilage/n: Erläuterungen final
Textgegenüberstellung final
Vorblatt und WFA final
Entwurf final